



## Ergebnisse und Signale

# FORUM MV Jahreskonferenz 2018 „Ohne Jugend hat MV keine Zukunft“

Mit über 125 Teilnehmenden, darunter viele Jugendliche, war die Jahreskonferenz 2018 die im Regionalen Beruflichen Bildungszentrum Müritz am 07. November 2018 in Waren (Müritz) stattfand, ein Erfolg. Etwa 80 junge Menschen, darunter SchülerInnen, Auszubildende und StudentInnen diskutierten mit Experten was nötig ist, damit die ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern für die Jugend lebenswert werden bzw. bleiben.

Die Ergebnisse der moderierten Gesprächsrunden zu den Themen

- Jugend und Mobilität,
- Jugend in der Ausbildung,
- Jugend im Verein,
- Jugend in der Politik und
- Institutionen für die Jugend

sind in Kernaussagen und Signale an die Politik zusammengefasst. Sie sollen in der Politik und in den Verwaltungen von Mecklenburg-Vorpommern Beachtung finden und schrittweise umgesetzt werden. Daher wird das FORUM MV die Ergebnisse und Signale der Jahreskonferenz 2018 an zuständige Stellen weiterleiten und sich für eine Umsetzung stark machen.

## Jugend und Mobilität

Öffentliche und bezahlbare Mobilität ist für die Entwicklung der ländlichen Räume zwingend notwendig. Das betrifft sowohl die Mobilität zwischen kleinen Ortschaften, als auch zu den Zentren für Versorgung und Verwaltung gemäß dem zentrale Orte System.

*Kernaussagen:*

- Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern müssen junge Leute mobil sein, um zur Schule, zum Ausbildungsplatz oder zu Freizeitangeboten zu gelangen. Wer nicht selbst fahren kann, muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln oftmals sehr lange Fahrtzeiten, z. B. zwischen Wohnort und Ausbildungsbetrieb, in Kauf nehmen. Denn der ÖPNV im ländlichen Raum ist überwiegend auf die Schülerbeförderung ausgerichtet. Busse mit anderen Zielen fahren kaum. So müssen Fahrgäste vielfach umsteigen, Wartezeiten in Kauf nehmen und Busverbindungen nutzen, die unzureichend aufeinander abgestimmt sind.
- Mobilität ist für die Jugendlichen insgesamt zu teuer. Bei Ausbildungsvergütungen von durchschnittlich 400 Euro monatlich, sind Ticketkosten von 180 Euro für Bus und Bahn nicht bezahlbar. Auch das Ausweichen in Wohnungen oder Internate in Schulsnähe oder in der Nähe zum Ausbildungsbetrieb kann von so einer Vergütung nicht bezahlt

werden. Wenn nicht Eltern Mobilitätskosten übernehmen können, arbeiten Auszubildende teilweise fast umsonst.

#### *Signale an die Politik:*

- Die Mobilitätskosten sollen gerechter zwischen dem Staat, den Arbeitsgebern und den Jugendlichen geteilt werden. So wäre z. B. mit einer Kostenübernahme für Fahrten zur Schule oder zum Ausbildungsbetrieb, mit Tankgutscheinen für alle die selber fahren oder mit einer generellen kostenlosen Beförderung bis zu einem Alter von 21 Jahren geholfen.
- Arbeit muss sich lohnen. Das soll auch für Auszubildende gelten. Nicht nur beruflich, auch in der Freizeit müssen Jugendliche mobil bleiben, um Hobbies zu pflegen und Freunde zu treffen. Bisher können sie sich ein Leben im ländlichen Raum eigentlich gar nicht leisten. Das muss sich ändern.

## Jugend in der Ausbildung

Jugendliche sind ideenreich. Sie bringen sich in Projekte ein und möchten ihre Ausbildung, sowohl an der Schule, als auch im Betrieb sowie an weiteren Lernorten lebendig mitgestalten.

#### *Kernaussagen:*

- Auszubildende benötigen eine realitätsnähere Entwicklung ihrer Lernorte Berufsschule und Betrieb. Das kann durch eine stärker praxisbezogene und projektorientierte berufsschulische Ausbildung mit WLAN an der Berufsschule, Digitalisierung von Ausbildungsinhalten und zeitlich entzerrten Prüfungen erreicht werden.
- Die Kosten für eine Ausbildung sowie die Vergütung für die Auszubildenden müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zu einander stehen. Es werden bezahlbare Arbeits- und Schulungsmaterialien benötigt. Viele Materialien, wie Arbeitskleidung oder Lehrbücher sollten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wird ein bedarfsorientiertes Mobilitätsangebot benötigt. Ein erster Schritt wären Zuschüsse zu Fahrtkosten oder ein genereller kostenloser ÖPNV für Jugendliche bis zu einem bestimmten Alter.

#### *Signale an die Politik:*

- Jugendliche erwarten eine echte Beteiligung bei Entscheidungen zur Ausstattung der Schule, zur Unterrichtsorganisation und der Gestaltung der Ausbildung insgesamt. Die Politik wird aufgefordert, den Dialog mit Jugendlichen und allen Partnern der beruflichen Bildung kontinuierlich zu verbessern, und das nicht nur innerhalb bestehender Institutionen oder Parteien, sondern auch in Beiräten und parteiunabhängigen Zusammenschlüssen.
- Zur Verbesserung in Fragen der Mobilität sollen die Vorschläge der Jugendlichen in Modellvorhaben kurzfristig getestet und mittelfristig durch gesetzliche Regelungen umgesetzt werden.

## Jugend im Verein

Vereine und Verbände sind die Stützen des gesellschaftlichen Miteinanders in Dörfern und Städten unseres Landes. Hier wird miteinander kommuniziert, Kultur und Brauchtum gepflegt, Sport getrieben, Veranstaltungen und Freizeit organisiert.

#### *Kernaussagen:*

- Vereine befinden sich in einer schleichenden Krise: Mitgliedermangel, überalterte Vorstandsstrukturen und fehlender Nachwuchs in Verantwortung. Das sind die Herausforderungen der Zeit.
- Verbände und Vereine benötigen mehr junge Leute in verantwortlichen Positionen. Die Jugend mit ihren neuen Ideen und ihrem Tatendrang wollen Verantwortung in der

Gesellschaft übernehmen. Allerdings gibt es Vorbehalte gegenüber neuen Formen vereinsinterner oder externer Kommunikation oder neuer Ideen zur Ausgestaltung von Programmen und Angeboten im Vereinszweck, die zu immer wiederkehrenden Konflikten führen, wenn sich Jugendliche in alte Leitungsstrukturen einzugliedern versuchen.

#### *Signale an die Politik:*

- Der Zugang von Jugend in die Verantwortung innerhalb eines Vereins braucht Hilfestellungen für alle am Prozess beteiligten Generationen. Für einen harmonischen und zielführenden Umgang miteinander bedarf es Informationen, praktikable Anleitungen und personelle Unterstützung, auch durch das Hauptamt.
- Wer Jugend im Ehrenamt will, muss deren Engagement einfordern und fördern. Auch für Jugendliche müssen Mittel gefunden werden, die ihren Einsatz würdigen. Die beste Wertschätzung ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, eine andere Möglichkeit ist die Zertifizierung.

## Jugend in der Politik

Junge Menschen haben einen eigenen Blick auf die Wirklichkeit, in der sie leben. Sie haben spezifische Interessen, die sie in gesellschaftlichen Debatten einbringen. Sie wollen, gerade auch in ländlichen Räumen, ihren Alltag, ihre Lebenswelten und letztlich die Gesellschaft mitgestalten. Politik und Gesellschaft wiederum erwarten von jungen Menschen, dass sie sich einbringen und beteiligen. Bisher ist es jedoch so, dass Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb der bestehenden Beteiligungsformen meist lediglich ihre Meinungen äußern können und nur selten wirklich Einfluss ausüben.

#### *Kernaussagen:*

- Wir haben weniger ein Erkenntnisproblem, als vielmehr ein Problem der praktischen Umsetzung. Die entscheidenden Herausforderungen für ein gutes Leben von Jugendlichen in ländlichen Räumen sind bekannt: Mobilität, schnelles Internet, angemessene Entlohnung in der Ausbildung u. a.
- Deshalb ist die Machtfrage entscheidend. Jugendliche wollen nicht nur gehört werden, sondern sie wollen mitentscheiden. Entscheidungsmacht und Verantwortung muss also geteilt werden.
- Die größten Herausforderungen für junge Menschen und andere Altersgruppen in ländlichen Räumen sind die großen Entfernungen zwischen Wohnort, Schule, Ausbildungsbetrieb oder Freizeitangeboten sowie die mangelhafte Infrastruktur im Bahn- und Busverkehr und die damit verbundene verlorene Zeit. Sowohl Freizeit als auch Zeit für politisches Engagement steht zu wenig zur Verfügung.

#### *Signale an die Politik:*

- Politische Bildung in und außerhalb der Schule muss mehr Raum gegeben werden. Demokratische Mitsprache braucht Erfahrungen und Wissen. In beiden Bereichen ist Bildung gefragt.
- Wenn sich Jugendliche an politischen Diskursen und Entscheidungsprozessen beteiligen sollen, braucht es Begleitung und Empathie. Ohne eine Atmosphäre des Zuhörens und Fragens geht es nicht.

## Institutionen für die Jugend

Ältere Menschen sagen: wir wollen die Erde so übergeben, wie wir sie von unseren Eltern erhalten haben. Jugendliche erleben heute, dass dieses Ziel weit entfernt ist.

In ländlichen Räumen sind junge Menschen stärker als in den Städten auf Strukturen der berufstätigen Bevölkerung angewiesen. Wollen sich Jugendliche und junge Erwachsene zu selbst bewussten und selbstständigen Persönlichkeiten entwickeln, so sind ihre Möglichkeiten im ländlichen Raum begrenzt.

### *Kernaussagen:*

- Jugend braucht Freiräume, die in Institutionen mit starren Satzungen und Geschäftsordnungen oft nicht gefunden werden. Sie wollen Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Demokratie üben. Dafür braucht es nicht grundsätzlich eigene Räumlichkeiten. Die Möglichkeiten von Mehrgenerationenhäusern oder Multiplen Häusern zum Treffen, Kommunizieren und zum gemeinsamen Arbeiten reichen oftmals aus.
- Jugend braucht Informationen, was alles geht. Oft ist zu wenig bekannt, wie und in welchen Bereichen der Kommunalpolitik mitgearbeitet werden kann. Erfahrungen was alles möglich ist und wie echte Mitwirkung an Entscheidungen aussehen kann, wird beispielsweise in Jugendbeiräten gesammelt. Die Erkenntnisse der Jugendbeiräte sollten zugänglich gemacht werden.

### *Signale an die Politik:*

- Jugendliche wollen beteiligt werden, u. a. durch feste Sitze in Institutionen, aber nicht grundsätzlich und ausschließlich. Die Mitarbeit in Beiräten, informellen Gruppen etc. ist ebenfalls wichtig. Von Politik und Verwaltung wird eine generelle Gesprächsbereitschaft erwartet. Durch regelmäßige Kontakte sollen Hemmschwellen in der Kommunikation untereinander abgebaut werden.
- Jugendarbeit muss finanziert werden. Spielplätze alleine reichen nicht. Kostenfreie Angebote zum Erleben und Erfahren werden speziell für Jugendliche benötigt.